

B.A.U.M. e. V. | Osterstraße 58 | 20259 Hamburg

Herr Bundeskanzler Olaf Scholz  
Herr Bundesminister Christian Lindner  
Frau Präsidentin Ursula von der Leyen  
Herr MdB Friedrich Merz

Per E-Mail

**NETZWERK FÜR  
NACHHALTIGES  
WIRTSCHAFTEN**

Yvonne Zwick  
Vorsitzende  
Tel. 040 4907 1100  
yvonne.zwick@baumev.de

26. Januar 2024

### **Bitte um Zustimmung zur EU-Lieferkettenrichtlinie**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,  
sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,  
sehr geehrte Frau Präsidentin von der Leyen,  
sehr geehrter Herr Merz,

mit großer Irritation haben wir von der ablehnenden Haltung des FDP-Präsidiums und Tage später großer Wirtschaftsverbände zum europäischen Lieferkettengesetz, der *Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD)*, vernommen. Dies ist ein völlig unnötiger Rückschritt und gibt ein falsches Signal an Unternehmen. Mehr noch: es schwächt europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb, statt sie zu stärken.

B.A.U.M. e.V., der älteste und größte nachhaltige Unternehmensverband in Deutschland mit rund 800 Mitgliedern, erachtet europäische Rahmensetzung als sinnvoll. Sie stärkt den EU-Binnenmarkt und moderiert den Abgleich europäischer Werte, wie sie die Gesellschaft zu Recht von Politik und Unternehmen erwartet. Globale Stoff- und Finanzierungsströme ermöglichen oder behindern nachhaltige Entwicklung; sie fördern oder behindern die Wahrnehmung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Die Politik hat die Aufgabe, hier weichenstellend zu unterstützen. Beim Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) als auch bei der *CSDDD* handelt es sich um eine Bemühenspflicht, die zu dokumentieren ist – und keine Erfüllungspflicht, wie manche darstellen. Die OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte suchen diese gute Praxis seit Jahren und Jahrzehnten auf freiwilliger Basis zur Anwendung zu bringen. Mit mäßigem Erfolg, wie das [Monitoring zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte](#) (2018 – 2020) zeigte.

Größtmögliche Kohärenz der *CSDDD* mit den Anforderungen der *Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)* und den *European Sustainability Reporting Standards (ESRS)* ist essenziell, um effiziente Managementstrukturen in den Unternehmen aufzubauen. Das senkt nicht nur das Risiko des „Bürokratie-Burnouts“ (vgl. [FDP-Position](#)), sondern stärkt die Resilienz unternehmerischer Liefernetzwerke. Eine höhere Lieferdisziplin bei verlässlichen, gut gestalteten Vertragswerken hat sich in der zurückliegenden Pandemie bewiesen – zum Lohn, dass die Lieferbeziehung, als Absatzzahlen wieder stiegen, weiter stabil lieferfähig waren.

Die Grundlagen zur kohärenten Ausgestaltung sehen wir gelegt: Die Belange von Mitarbeitenden und Arbeiter:innen in globalen Lieferketten etwa sind sinnvollerweise in den *ESRS* enthalten. Synergieeffekte der verschiedenen parallel entwickelten Regulierungsinitiativen zu heben ist aus

unserer Sicht der wesentliche Ansatz zur Verbesserung des aktuellen Entwurfs der *CSDDD* – nicht jedoch die vollständige Ablehnung des lange verhandelten Kompromisses vom 14. Dezember 2023.

Wir stehen gerne bereit, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, wie dies z.B. mit Hilfe digitaler Lösungen effizient gestaltet werden kann. Klug aufgesetzt bauen sie Marktanreiz- und Finanzierungsstrukturen auf, die auch skeptische Unternehmen überzeugen werden. Wir arbeiten mit unseren Mitgliedern und Partnern wie der Charta digitale Vernetzung e.V. daran, aus den verschiedenen Offenlegungspflichten einen Vorteil für Unternehmen zu machen.

Wir sehen das Bemühen der EU-Kommission, nach der Kapitalmarktunion auch die wertebasiert operierende und produzierende Wirtschaft in stärkere Interaktion miteinander zu bringen und im globalen Wettbewerb zu positionieren – denn nur nachhaltiges Wirtschaften ist auf Dauer tragbar, bezahlbar und zukunftsfähig. Diese Überzeugung drückt der *Green Deal* der Europäischen Union aus. Diese Überzeugung teilt B.A.U.M. als Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften. Statt also mit einem *German Vote* die konsequente Weiterentwicklung von Märkten im Zeichen nachhaltiger Entwicklung und Verantwortung aufzuschieben sehen wir den Bedarf nach eindeutiger Positionierung in Europa.

Wir brauchen ein Europa, das sich entschlossen für Menschenrechte einsetzt – sowohl nach innen, als auch nach außen.

Mit freundlichen Grüßen,

Yvonne Zwick

Vorsitzende, B.A.U.M. e. V. - Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften

**mit gezeichnet von**

Yvonne Jamal, Vorstandsvorsitzende, JARO Institut e.V.

Antje von Dewitz, Geschäftsführerin, VAUDE Sport GmbH & Co. KG

Henning Rook, Vorstandsmitglied, memo AG

Daniel Büchle, Geschäftsführer, AfB gemeinnützige GmbH

Daniel Schönfelder, Rechtsanwalt

Tatjana Klaus-Nowak, Rechtsanwältin



VAUDE